

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/43

Bonn, den 2. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Ulbrichts Paß

53

Öffentlich verhilft er den Menschen  
im anderen Teil Deutschlands zur Freizügigkeit

2

"Freundschaftsvertrag"

44

Was soll die Sprache des Kalten Krieges?

2a

Konzertierte Aktion

50

Nach dem zweiten Gespräch der Tarifpartner

3

Lehren aus der letzten Sturmflut

40

Küstenschutz noch nicht ausreichend

4

GLOSSE:

Die Langhaarigen und die Gesetze

44

5 - 6

1968 - Schicksalsjahr für den Mittleren Osten?

38

Nasser will seine Position weiter ausbauen

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Ulbrichts Paß  
-----

G.M. - Die Einführung einer zweiten deutschen Staatsbürgerschaft durch die Machthaber im anderen Teil Deutschlands ist bisher schon genügend treffend gekennzeichnet worden: Als die erneute Bestätigung dafür, daß Ulbricht den Ehrgeiz zu haben scheint, als letzter General des kalten Krieges in die Geschichte einzugehen.

Aber unabhängig von der Charakterisierung dieses Vorganges bleibt für uns im freien Teil Deutschlands die Frage zu beantworten, was Ulbricht mit diesem seinem Verhalten bezwecken will. Auch er kann nicht ernsthaft annehmen, daß durch ein Stück Papier oder durch einen neuen Stempel eine Nation für immer in zwei Völker geteilt bleibt. Nicht einmal Josef Stalin hat jemals derartig absurde Ideen geäußert. Von Stalins Sprachrohr Ilja Ehrenburg stammt das Wort "Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt bestehen". Auch Chruschtschow hat sich später mehrfach zu diesem Grundsatz bekannt und wenn wir uns nicht irren, wissen auch die heute in Moskau Regierenden, daß man eine Nation, deren Menschen die gleiche Geschichte, die gleiche Kultur und die gleiche Sprache haben, nicht in differierende Staatsbürgerschaften aufgliedern kann.

Uns geht es aber nicht um juristische Definitionen. Uns interessiert vielmehr die Frage, ob die Menschen im anderen Teil Deutschlands jetzt, nachdem man ihnen eine besondere Staatszugehörigkeit auferlegt hat, auch in den Genuß aller jener Vorteile gelangen werden, die normalerweise der mit einem Paß ausgestattete Staatsbürger hat.

Jugoslawien gibt seinen Staatsbürgern demnächst einen Paß mit Gültigkeitsdauer von zehn Jahren. Jeder jugoslawische Staatsbürger wird in Kürze ohne besondere Erlaubnis seiner Heimatbehörden Jugoslawien verlassen können. Tito hat also nicht Angst davor, daß ihm die Jugoslawen davonlaufen. Sie können Auslandsreisen unternehmen, sie dürfen sich im Ausland niederlassen, können Kontakte mit den Bürgern anderer Staaten pflegen und Kongresse besuchen.

Unbeschadet der Abnormität, die Ulbricht durch die Ausrufung einer zweiten deutschen Staatsbürgerschaft vollzogen hat, würden wir uns aufrichtig freuen, wenn der mit einem DDR-Paß ausgerüstete Deutsche die gleichen Freizügigkeiten genießen könnte wie ein Jugoslawe.

Wie froh wären z.B. die Sportler aus dem anderen Teil Deutschlands, wenn sie ungehindert und ohne Sondererlaubnis an internationalen Sportwettkämpfen teilnehmen könnten. Sie haben ja jetzt einen Paß, ein Papier, das sie als Staatsbürger ausweist und das ihnen eigentlich die Möglichkeit bieten sollte, sich so zu verhalten wie die Bürger anderer Staaten. - Oder die Studenten, die Wissenschaftler, die Schauspieler und Schriftsteller - sie alle sollten möglichst bald Herrn Ulbricht fragen, welchen Sinn denn der ihnen jetzt gegebene Paß hat, wenn sie ihn nicht frei benutzen dürfen.

Aber alles das ist reine Spekulation. Ulbrichts Paß und die von Ulbricht erfundene neue Staatsbürgerschaft bleiben solange eine bloße Theorie - um nicht zu sagen ein schlechter Witz -, solange der Inhaber dieses neuen Passes nichts damit anfangen kann.

An uns soll es nicht liegen, in der Bundesrepublik wird man bereit bleiben, jedem Deutschen den Weg zu öffnen, den er geöffnet haben will. Wir warten darauf, daß der neue Paß für die Menschen, die ihn erhalten, das wird, was man unter zivilisierten Völkern für selbstverständlich hält: ein Identitätsausweis, der es seinem Inhaber erlaubt, im eigenen Land frei zu leben und auch über eine künstlich errichtete Grenze ohne Furcht hinwegzugehen.

## "Freundschaftsvertrag"

---

### Was soll die Sprache des Kalten Krieges ?

so - Die Tschechoslowakei und Polen haben in dieser Woche erneut einen für zwanzig Jahre gültigen Vertrag über "Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" abgeschlossen. Bereits 1947 war ein ähnlicher Vertrag zustande gekommen, der dann 1955 - bei Abschluß des Warschauer Paktes - noch einmal bestätigt wurde.

Heute wie damals erklären die Vertragspartner, sie wollten "alle notwendigen Mittel anwenden mit dem Ziel, die Aggression von seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder irgendwelcher anderer Staaten oder Staatengruppen abzuwenden, die sich mit ihnen verbünden". Außerdem bestätigt man sich die "Unverrückbarkeit der bestehenden Staatsgrenzen in Europa" und fordert, das Münchener Abkommen müsse "von Anfang an ungültig" sein.

Es erhebt sich die Frage, was eine solche erneute Proklamierung längst bekannter politischer Ziele der Vertragspartner eigentlich soll. Die in dem Vertragstext enthaltenen Redewendungen sind nichts anderes als Bestandteile und Restbestände aus der Zeit des kältesten Krieges in Europa. Nach gewohnter Manier baut man sich wieder einmal einen Buhmann auf, schimpft auf ihn und tut so, als hätte man damit eine große politische Tat vollbracht.

Weder vor zwanzig noch vor zwölf Jahren hat eine deutsche Regierung oder ein ernstzunehmender Politiker Aggressionsabsichten verfolgt. Es hat weder einen Angriff auf irgend jemanden in Europa gegeben, noch ist ein solcher vorbereitet worden.

Jetzt, im Jahre 1967, ist die Vorstellung, die deutsche Politik könnte Aggressionsabsichten haben, noch absurder, als sie jemals gewesen ist. Die neue Bundesregierung hat die früher abgegebenen Versicherungen auf Gewaltverzicht nicht nur bestätigt, sondern erneuert. Die Bundesrepublik verzichtet auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügungsgewalt von Atomwaffen. In der Regierungserklärung der neuen Bundesregierung wird das Münchener Abkommen ausdrücklich als nicht gültiges Hitler-Relikt bezeichnet. Außerdem hat die neue Bundesregierung eine Politik der Verständigung mit a l l e n osteuropäischen Staaten eingeleitet und alle diese Staaten wissen lassen, daß der Versuch der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihnen gegen n i e m a n d e n gerichtet ist. Die Bundesrepublik und das deutsche Volk will mit a l l e n Völkern in Frieden leben; mit denen im Osten genauso wie mit denen im Westen.

Natürlich hat niemand etwas dagegen, wenn sich andere Staaten gegenseitig ihrer Freundschaft versichern. Sinnvoller und für die Sicherung des Friedens in Europa vorteilhafter wäre es jedoch, wenn Freundschaftsverträge nicht g e g e n ein anderes Volk gerichtet, sondern Ausdruck der Freundschaft a l l e r Völker miteinander wären.

### Konzertierte Aktion

#### Nach dem zweiten Gespräch der Tarifpartner

x - Das zweite Gespräch zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften, dem Bundeswirtschaftsministerium und Mitgliedern des Sachverständigenrates in der "konzertierten Aktion", hat die offizielle Versicherung der Gesprächspartner ergeben, alle Beteiligten wollten sich bei ihren preis- und lohnpolitischen Entscheidungen an gegebene Orientierungsdaten halten. Diese dürften den "Zielprojektionen" des Bundeswirtschaftsministeriums zu entnehmen sein, die den Gesprächspartnern im ersten Gespräch am 14. Februar vorgelegen haben. Die neueren Erwartungen des Bundeswirtschaftsministeriums über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1967 sind inzwischen jedoch günstiger als in den ersten Projektionen angenommen war. Ein neues, drittes Gespräch ist angekündigt, in dem sich der DGB jedoch über allgemeine volkswirtschaftliche Richtdaten hinausgehende Einblicke in die Entstehung, Entwicklung und Verteilung der Einkommen in allen Gruppen der Wirtschaft, insbesondere auch in die Vermögensverteilung, verspricht.

Schon vor dem Gespräch hatte der DGB sich verwehrt, von den Gewerkschaften würden Erklärungen erwartet, ob sie sich an gewissen Lohnleitlinien orientieren und ihre diesjährige Lohnpolitik daran binden wollten. Es sei aber noch niemandem eingefallen, etwa gleiche Richtdaten für Preise und Erträge zu setzen oder gar Erklärungen abzugeben, daß man sich an solche Richtdaten halten wolle.

Niemand sollte Erwartung hegen, diese Gespräche der autonomen Gruppen mit dem Wirtschaftsminister und dem Sachverständigenrat seien ein geeignetes Instrument, die Gewerkschaften zu binden, der übrigen Wirtschaft aber völlige Freiheit im Markt zu erhalten. Wer so rechnet, unterschätzt die Gewerkschaften, sucht nach Sondervorteilen und ist an einer wahrhaft konzertierten Aktion wohl kaum interessiert.

Nach den Berichten von den Frühjahrsmessen haben die Unternehmer inzwischen Vertrauen in den Wiederaufschwung gewonnen. Es mehren sich auch im Unternehmerlager die vorsichtig mahnenden Stimmen, die "kostenenkenden" Verminderungen der Lohnneinkommen nicht zu weit zu treiben. Das könne sich rächen: betriebswirtschaftlich bei den Arbeitskräften im zu erwartenden Wiederaufschwung der Konjunktur, volkswirtschaftlich im verzögerten notwendigen Vertrauen der Verbraucher, die auf Einkommensverminderung mit noch stärkerer Zurückhaltung der Nachfrage reagieren.

Allerdings halten es etliche auch für ihr politisches Geschäft, sich selbst das erbetene Vertrauen in den Wiederaufschwung so teuer wie möglich abkaufen zu lassen. So verleugnet z.B. der Industriekurier den Silberstreif sich füllender Auftragsbücher auf den Verbrauchsmessen. Er gibt sich in Skepsis und möchte sich sein Vertrauen durch eine bindende Lohnleitlinie null abkaufen lassen. - Lohnpause; durch Sicherheitgarantien des Wirtschaftsministers gegen Aktivitäten der Gewerkschaften, aber auch des Parlaments, um nicht nur Tarif erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen sondern auch sozialpolitische Entscheidungen abzuwehren.

Da kann man nur erstaunt fragen, wollen diese Leute den Wiederaufschwung nicht - und wenn nicht, aus welchen politischen Motiven?

## Lehren aus der letzten Sturmflut

---

### Küstenschutz noch nicht ausreichend

hg - Kiel

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar ist von den Deichen Niedersachsens, Bremens, Hamburgs und Schleswig-Holsteins sozusagen in letzter Stunde eine Riesengefahr abgewendet worden. Das Sturmfluthochwasser blieb durchschnittlich um einen halben Meter unter dem Wasserstand zurück, der bei der Februar-Sturmflut 1962 vor allem Hamburg heimsuchte und viele Todesopfer forderte.

Was wäre geschehen, wenn das Wasser auch diesmal den damaligen Stand erreicht hätte, nachdem es vom gleichen Windverlauf in die Flußmündungen hineingeschraubt worden war? An vielen Stellen sind die Deiche seit 1962 erhöht, verbreitert und begradigt worden. Sie hielten diesmal stand und hätten es auch getan, wenn das Wasser noch höher aufgelaufen wäre. Die getroffenen Maßnahmen an der Küste waren richtig. Dort, wo man in Hamburg in dichtbevölkerten Gebieten die komplizierten Deichlinien und Sperrwerke baute, haben sie sich jetzt bewährt.

Die jetzige Sturmflut hat aber auch einige Schwächen offenbart. Der Schwerpunkt liegt bei den Elbenebenflüssen Krückau, Pinnau und Stör. An der Krückau und Pinnau wurde bereits zum Schutz der dahinterliegenden Städte Elmshorn und Jetersen mit dem Bau von Sperrwerken und einer verkürzten Deichlinie begonnen. Die Sperrwerke sind aber noch längst nicht fertiggestellt. Die Landesregierung in Kiel hätte gut daran getan, diese Projekte in den letzten fünf Jahren schwerpunktartig schnell voranzutreiben. Sie hätte sich der städtischen Bevölkerung, deren Wohnungen immer wieder unter Wasser stehen, eher annehmen müssen.

Ein spezieller Vorwurf gegen das Kabinett Dr. Helmut L e m k e (CDU) in Kiel ist in der Frage des Stör-Sperrwerkes zu erheben. Hier will man überhaupt erst 1969 mit der Abdeichung des Flusses zum Schutze der Industrie-Stadt Itzehoe beginnen. Auch diesmal lief Itzehoe wieder voll Wasser, wie so oft schon früher. Es bleibt hier gar nichts anderes übrig, als zum Schutz der Bevölkerung von der Regierung in Kiel handfest den sofortigen Baubeginn der Stör-Absperrung zu fordern.

Natürlich ist der große Generalplan zur Deichverstärkung, Deichverkürzung und zum Küstenschutz richtig, den die Regierung in Kiel im Dezember 1963 vorgelegt hat. Die Überlegung, die Deichlinie durch die Absperrung der Eidermündung und Eindeichung ganzer Meeresbuchten rigoros zu verkürzen, ist vernünftig. Aber jetzt muß die Frage gestellt werden, wo die P r i o r i t ä t e n liegen.

GLOSSE:                    Die Langhaarigen und die Gesetze

K. M. - Im Bereich der Bundesbahnverwaltung Essen kam es im vorigen Jahr zu einem interessanten und außerdem sehr zeitgemäßen Rechtsstreit. Die Verwaltung verlangte von einem ihrer "Jungwerker", der mit langer Beatle-Mähne herumlief, er solle sich die Haare schneiden lassen und mit einem vernünftigen Haarschnitt zur Arbeit kommen. Der junge Mann widersprach und erklärte: "Was gehen meine Haare den Arbeitgeber an?"

Als er daraufhin fristlos entlassen wurde, wandte er sich an das Arbeitsgericht Essen. Das Gericht wies seinen Einspruch ab und gab dafür eine ausführliche Begründung. Gewiß, so hieß es darin, jedermann in der Bundesrepublik habe das "Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" (Grundgesetz), aber diesem Recht seien Schranken gesetzt. Die Bundesbahn ihrerseits habe das Recht und sogar die Pflicht, auf ihre Kunden Rücksicht zu nehmen, außerdem sei sie in gewisser Weise für ihre Arbeitnehmer verantwortlich. Der junge Mann könne mit seinen langen Haaren irgendwo in einer Maschine hängenbleiben. Und dann?

Es mag sein, daß aus dieser Urteilsbegründung einiges von der Aversion herauszulesen ist, die die "Gesellschaft" gegen alles hat, was mit Beatles, Pilzköpfen und Gamblern zu tun hat. Andererseits ist in Frankfurt ein Fall zu verzeichnen, der das Urteil von Essen auf der ganzen Linie zu bestätigen scheint. Dort blieb nämlich in der Tat ein junger Mann mit seinen langen Haaren in der Maschine hängen. Er wurde grausam skalpiert (wo die Kopfhaut abgerissen wird, wächst das Haar nie wieder nach). Die Folge war eine Anordnung: Wer hier lange Haare trägt, hat in Zukunft bei der Arbeit ein Haarnetz zu tragen!

Nun, die Geschichte liebt es, sich zu wiederholen. Als - lange vor der Jahrhundertwende - zu Zehntausenden die Frauen (billige Arbeitskräfte) in die Fabriken hineingeholt wurden, kam es unter diesen Frauen immer wieder zu schweren und schwersten Unfällen. Die Berichte der preußischen Gewerbe-Inspektoren, heute eine kaum noch erreichbare Literatur, zählen ganze Serien von Fällen auf, die ausschließlich auf die damals übliche lange Haartracht - natürlich war meistens auch ein gewisses Maß Unachtsamkeit dabei - zurückzuführen waren.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung steckte damals noch in den Anfängen. Die Maschinen waren nicht immer gehörig abgesichert. Eine spezielle Schutzkleidung war überhaupt noch nicht entwickelt.

Die Mode der zwanziger Jahre befreite die Frau vom Ballast ihrer unpraktischen Kleidung und von ihrem langen Haar. Die Frau fing an, Hosen anzuziehen und ihr äußeres Bild dem des Mannes anzugleichen. Was unterscheidet ein junges Mädchen von einem jungen Mann, wenn beide Blue Jeans und die Windjacke und obendrein auch noch langes Haar tragen? Die jungen Männer haben angefangen, ihr äußeres Bild dem der anderen Seite anzugleichen. Und gleich geht es schief.

1968 - Schicksalsjahr für den Mittleren Osten?

---

Nasser will seine Position weiter ausbauen

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Der israelische Außenminister Eban, der anlässlich eines kurzen Besuches in England Besprechungen mit Premierminister Wilson, Außenminister Brown und dem Staatsminister Thompson hatte, beschränkte sich nach seiner Rückkehr auf die diplomatisch-lakonische Formel: "Wir haben alle politischen und wirtschaftlichen Fragen diskutiert, die beide Länder interessieren". Dabei weiß man, daß der Außenminister mit Wilson und Brown sich vor allem über das Schicksal der Region von Südarabien unterhalten wollte, weil Israel dort akute Gefahren für den ganzen Bereich sieht.

Im Jahre 1968 will Großbritannien seine Truppen aus der Basis von Aden und aus der unter britischem Protektorat gebildeten südarabischen Föderation zurückziehen. Der ägyptische Präsident Nasser wartet schon auf den Moment des britischen Rückzuges, um sich selbst in Aden festzusetzen und damit die Kontrolle über den Eingang des Roten Meeres in seine Hand zu bringen. Durch eine solche Veränderung würden lebenswichtige Interessen Israels betroffen werden, das auf Offenhaltung des Schifffahrtsweges durchs Rote Meer achten muß, und daher möchte es eine ägyptische Kontrolle über den unter dem Namen "Babel Mandeb" bekannten Eingang zum Roten Meer vermeiden. Die Engländer haben bisher immer wieder erklärt, daß sie nach 1968 keine Truppen mehr in der Region stationiert halten werden, und Verteidigungsminister Healey hat im Unterhaus betont, daß Aden für englische Verteidigungsinteressen nicht mehr interessant sei. Die Engländer werden von arabischen nationalistischen Gruppen in Aden tagtäglich angegriffen und wollen den Makel des Kolonialismus nicht weiter auf sich sitzen lassen. Israel möchte auch nicht als Förderer des Kolonialismus auftreten und in einem von offizieller Seite inspirierten Kommentar aus Jerusalem hieß es: "Wir bestehen nicht darauf, daß die Engländer in Südarabien als die Herren bleiben, wir sind daran interessiert, daß die Herrschaft in diesem Gebiet an einheimische friedliche Elemente übergeht".

Das möchte an sich auch Großbritannien erreichen, aber die gemäßigten Gruppen in der südarabischen Föderation, denen London die Herrschaft übergeben und die es finanziell weiter unterstützen will, werden von den radikalen Nationalisten als "Verräter" und "Knechte des Imperialismus" verschrien. Die britische Verwaltung in Aden hat einen Fehler gemacht, als sie sich mit dem Führer der Gewerkschaften Asnag überwarf, der daraufhin auch ins Lager der radikalen Nasser-Anhänger überging. Danach wurden die Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des ganzen Komplexes und für Sicherung einer wahren Unabhängigkeit in Südarabien sehr erschwert.

Kreise der Arabischen Liga bezeichneten eine Zeit lang alle Behauptungen, daß Nasser nur auf den Abzug der Engländer warte, um sich in Südarabien festzusetzen, als "böswillige Propaganda". Nun hat der ägyptische Präsident am 22. Februar eine Rede gehalten, in der er die Karten offen auf den Tisch legte. In die-

ser Nasser bestätigte, daß die im Jemen stationierten Ägyptischen Soldaten den abziehenden Engländern auf dem Fuße folgen werden. "Wir werden die ganze Region besetzen, bis sie von der Briten befreit ist". Nasser bestätigte auch, daß er trotz aller Kritik aus den Westen seine Soldaten im Jemen belassen wolle und daß er es nötigenfalls auf eine Auseinandersetzung mit Saudi-Arabien ankommen lassen werde, das sich unter keinen Umständen im Jemen einmischen dürfe. Fügt man zu dieser Rede noch die hartnäckigen Gerüchte über den Bau einer sowjetischen Flottenbasis im südarabischen Hafen Mokka, dem altberühmten Kaffeezentrum, hinzu, so hat man eine Vorstellung, wohin die "politische Reise" im Roten Meer 1968 gehen könnte.

Nasser beschränkte sich in seiner Rede nicht allein auf die Bekanntgabe der Pläne für 1968. Er griff außerdem die Vereinigten Staaten an, weil sie ihm keine Getreidelieferungen und kein Geld geben wollen und er drohte mit Nichtzahlung der Auslandsschulden Ägyptens, die heute auf über 1,4 Milliarden Dollar geschätzt werden. Der Präsident Ägyptens kritisierte in seiner Rede auch den von den USA unterstützten jordanischen König Hussein in schärfsten Worten, worauf der erboste König seinen Botschafter aus Kairo abberief. Die Botschaft Jordaniens wird nicht geschlossen, aber als Zeichen der Mißbilligung und der Verschlechterung der Beziehungen wird sie bis auf weiteres nur von einem Geschäftsträger betreut werden.

Die scharfe Rede Nassers hat im ganzen Mittleren Osten große Besorgnis hervorgerufen, denn außer Hussein und Saudi-Arabien fürchten auch die arabischen Ölfürstentümer am Persischen Golf, daß Nasser - unterstützt von den Russen - 1968 zu radikalen Maßnahmen im ganzen Bezirk greifen wird, um seine Herrschaft zu befestigen und sich möglicherweise auch die Kontrolle über die Ölfürstentümer zu sichern.

Es bleibt jetzt abzuwarten, wie die von Nasser ebenfalls heftig attackierten Vereinigten Staaten reagieren werden, die in der letzten Zeit die Könige Hussein und Feisal (Saudi-Arabien) mit allen Mitteln unterstützt haben. Israel seinerseits versucht, für seinen Standpunkt überall Freunde zu gewinnen. Außenminister Eban trat wenige Tage nach seiner Rückkehr aus England eine politische Reise nach den Ländern Ostasiens an, um die Beziehungen zu Israel zu festigen und um sie für das Schicksal des Mittleren Ostens zu interessieren. Schon heute wird die Idee erwogen, daß vielleicht ab 1968 die UNO am Eingang zum Roten Meer eine Friedenstruppe - wie am Golf von Akaba - stationieren sollte damit diese lebenswichtige Wasserstraße für alle Staaten offen gehalten werden kann.